



öffentlich

Betreff:

Antrags- und Auskunftsrecht für Ortsbeiräte

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 02.07.2013

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Ortsbeiräte in der Landeshauptstadt Potsdam ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung erhalten.
Zugleich erhalten sie das Recht, Kleine Anfragen an den Oberbürgermeister zu richten.
Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert den Landtag und die Landesregierung auf, in eine künftige Novellierung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ein Antragsrecht und ein Auskunftsrecht der Ortsbeiräte aufzunehmen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin: _____

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Eingemeindung ist festzustellen, dass sich die Ortsbeiräte als wichtige Gremien der Ortsteile bewährt haben. Sie stoßen jedoch in ihrer Handlungsfähigkeit immer wieder an Grenzen. Deshalb sollten sie durch ein Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung und ein Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung gestärkt werden.